

Pädagogische Arbeit mit rechts- extrem orientierten Jugendlichen

Ein Überblick über Ansätze, Erfahrungen und aktuelle Herausforderungen

Michaela Glaser und Frank Greuel

Die Mehrzahl der Angebote pädagogisch-präventiver Arbeit gegen Rechtsextremismus zielt darauf ab, der Ausprägung rechtsextremer Orientierungen und Verhaltensweisen bereits im Vorfeld entgegenzuwirken. Mit einem breiten Spektrum von Ansätzen wird hier versucht, auf junge Menschen Einfluss zu nehmen, bevor sich entsprechende Haltungen herausbilden oder verfestigen¹.

Seit der Aufdeckung der Zwickauer Terrorgruppe und mit dem Bekanntwerden der rechtsextremen „Karrieren“ ihrer Mitglieder wird aber auch wieder verstärkt die Frage diskutiert, ob und in welcher Weise mit jungen Menschen pädagogisch gearbeitet werden kann, die bereits offen rechtsextreme Orientierungen aufweisen oder rechtsextrem orientierten Gruppen angehören.

Pädagogische Ansätze einer gezielten Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen werden in Deutschland bereits seit vielen Jahren praktiziert. Sie sind jedoch vergleichsweise wenig verbreitet und in der Fachwelt nicht unumstritten.

Im Folgenden sollen zunächst zentrale Grundannahmen dieser Arbeit vorgestellt sowie das fachliche Für und Wider einer Arbeit mit diesen Zielgruppen beleuchtet werden (1). Anschließend wird die wechselhafte Geschichte ihrer Umsetzung skizziert (2), um sodann einige fachliche Erkenntnisse zu ihren Erfolgsbedingungen vorzustellen. Dabei lässt sich aufzeigen, dass dieses Praxisfeld sehr voraussetzungsvoll ist und sich mit spezifischen Gefährdungen und Schwierigkeiten konfrontiert sieht; dass es aber auch Potenziale im Hinblick auf die Distanzierung junger Menschen von rechtsextremen Inhalten und Zugehörigkeiten birgt (3). Zum Abschluss sollen noch kurz einige Herausforderungen für die fachliche Weiterentwicklung und zukünftige Umsetzung dieser Arbeit benannt werden (4).

1. Grundannahmen, theoretische Konzepte und Gegenpositionen

Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre wurden erste Ansätze zur Arbeit mit diesen Zielgruppen entwickelt. Der bekannteste Ansatz, dessen Grundannahmen auch prägend für die weitere Arbeit wurden, ist die sog. „**akzeptierende Jugendarbeit**“ nach Franz-Josef Krafeld (1996). Bei diesem Ansatz stehen die Probleme, die die Jugendlichen haben, im Vordergrund, nicht diejenigen, die sie machen. Die wechselseitige Akzeptanz und der Aufbau einer tragfähigen Beziehung zwischen Pädagogen/Pädagoginnen und Jugendlichen werden hierbei als notwendige Basis erachtet, um mit der Zielgruppe überhaupt inhaltlich, d. h. zu ihren rechtsextremen Orientierungen und Verhaltensweisen arbeiten zu können. Diese Überlegungen korrespondieren mit der Erkenntnis, dass rechtsextreme jugendliche Straftäter gerade in diesem Bereich deutliche Defizite haben, da sie überdurchschnittlich häufig problematische Bindungserfahrungen in ihrer Kindheit machen mussten, die durch Inkonsistenz, Gewalttätigkeit oder emotionale Kälte geprägt waren².

Ein Grundgedanke des Ansatzes ist die Trennung von Einstellung und Person, d. h. die Jugendlichen als Personen zu akzeptieren, auch wenn man ihr Handeln und die von ihnen vertretenen Ansichten nicht billigt und auch nicht billigen darf (daher der Begriff der „Akzeptanz“ der bei der Beurteilung dieses Ansatzes oftmals unzutreffend – nämlich als Akzeptanz von Haltungen – interpretiert wird). Weitere wesentliche Elemente der pädagogischen Arbeit sind nach Krafeld: Das Bereitstellen von Räumen zur eigenen Gestaltung durch die Jugendlichen, Arbeit mit den existierenden Cliques, d. h. mit den aktuellen sozialen Bezugssystemen der Jugendlichen, Unterstützung bei Problemen und gemeinsame Entwicklung von Strategien der Lebensbewältigung.

In den folgenden Jahren fanden verschiedene Weiterentwicklungen statt, mit denen z. T. auch auf formulierte Kritikpunkte an diesen frühen Ansätzen eingegangen wurde (s. u.) und die dem Moment der inhaltlichen Konfrontation mit den Jugendlichen bzw. mit den von ihnen vertretenen Positionen einen höheren Stellenwert zuweisen³:

So formulierte Krafeld selbst seinen Ansatz zu einer „**gerechtigkeitsorientierten**“ **Jugendarbeit** um, demzufolge neben den Bedürfnissen und Interessen der eigenen Zielgruppen ausdrücklich auch die

Perspektive derjenigen in die pädagogische Arbeit einzubeziehen ist, die von diesen Gruppen möglicherweise verdrängt werden.

Eine Weiterentwicklung der akzeptierenden Arbeit stellt auch die **Integrationspädagogik**⁴ dar. Diese ist thematisch insofern breiter aufgestellt, als sie neben Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus auch andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (z. B. Sexismus) in den Blick nimmt. Außerdem werden zur Strukturierung der Arbeit unterschiedliche Arbeitsphasen (Kontakt-, Vertrauens-, Konsolidierungs- und Ablösungsphase) vorgeschlagen.

Von Eckart Osborg (2006) wurde ein Konzept der „**subversiven konfrontativen Verunsicherung**“ entwickelt, um unterstützende, akzeptierende Beziehungsarbeit mit Elementen konfrontativer Auseinandersetzung zu verbinden: Die Jugendlichen werden hier von den Pädagogen solange mit Widersprüchen in ihren ideologischen Positionen konfrontiert bis – so die Zielsetzung – ihre Rechtfertigungsstrategien ins Wanken geraten, wodurch Umdenkprozesse in Gang gesetzt und eine Auseinandersetzung mit den eigenen Aggressionen möglich werden sollen.

Jugendhilfeauftrag oder „Glatzenpflege auf Staatskosten“?

Aus der Perspektive der Jugendhilfe liegen die Berechtigung und der besondere Wert dieser Ansätze darin, dass sie Handlungsmöglichkeiten gegenüber diesen Jugendlichen jenseits staatlicher Repressionen eröffnen.

Dabei sind sie der doppelten Aufgabe von Jugendhilfe, nämlich Hilfe und Kontrolle zu leisten, verpflichtet. Kontrolle bedeutet in diesem Zusammenhang auch, den Jugendlichen vor Gefahren für sein Wohl zu schützen und zwar auch mit Blick auf die möglichen Folgen eigener Handlungen (z. B. drohende Straffälligkeit; Schulabbruch). Die Hilfsangebote sind dabei so vielfältig wie die Problemlagen und können z. B. die (Re-)Integration in das Schul-, Ausbildungs- und/oder Arbeitssystem, die Reduktion familiärer und anderer Konflikte wie auch die Unterstützung bei gerichtlichen Verfügungen umfassen.

Im Fachdiskurs sieht sich diese hilfeorientierte Beziehungsarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen allerdings häufiger mit dem Argument konfrontiert, „den öffentlichen oder den vom Opfer gehegten Interessen an Sanktion und Sühne entgegenzulaufen, deshalb ethisch-moralisch zweifelhaft zu sein, Unterstützungs-Ressourcen ungerecht